

**Vorlage Stadtparlament**

vom 24. März 2015

Nr. 2855

---

152.15.20 Stadtparlament: Motionenberichte

**Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate 2015****Antrag**

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die nachstehenden parlamentarischen Vorstösse werden als erledigt abgeschrieben:
  2. Ergänzung der Bauordnung
  5. Wasser freundlicher behandeln; Dem Broderbrunnen ein würdiger Platz
  21. Gassenraumgestaltung St.Mangen – Alte Versprechen umsetzen
2. Bei den nachstehenden parlamentarischen Vorstössen werden die Fristen zur Erfüllung der Aufträge wie folgt verlängert:
  4. Wildnispark Goldacher Tobel: um ein Jahr
  7. Überprüfung Sondernutzungspläne: um ein Jahr
  8. Ein Beitrag zur kombinierten Mobilität: Ein zeitgemässes Veloverleihsystem, auch in St.Gallen: um ein Jahr
  10. Die Stadt als Aktionärin: Strategie, Vertretungen und Reporting: um ein Jahr
  11. Mehr Grün für alle: Separate Lichtsignale für VelofahrerInnen?: um zwei Jahre
  12. Südspange – wie setzt sich die Stadt dafür ein?: um ein Jahr
  13. Historische Klostermauern: Durchblickendes St.Gallen: um ein Jahr
  17. Baukultur: Innovation ohne Reue: um ein Jahr
  18. Braucht St.Gallen vier Spitex-Organisationen?: um ein Jahr



**a) Motionen**

**1 Rückkehr zur Einfamilienhauszone**

erheblich erklärt am 25. November 2008; Fälligkeit 1. Januar 2015

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen, mit welchen Anpassungen von Bauordnung/Zonenplan oder anderen Massnahmen er bestehende, intakte Einfamilienhausquartiere vor grösseren Bauvorhaben kurz-, mittel- und langfristig schützen will.

*Stellungnahme:*

*Der Stadtrat hat dem Stadtparlament die entsprechende Vorlage auf die Sitzung vom 28. April 2015 unterbreitet.*

**2 Ergänzung der Bauordnung**

erheblich erklärt am 21. Februar 2012; Fälligkeit 1. Juli 2015

Der Stadtrat wird beauftragt, den Entwurf für eine Bauordnungsrevision vorzulegen mit dem Ziel, Massnahmen zur Energieeffizienz und zur Energieerzeugung bei Neubauten, Umbauten und Sanierungen verstärkt zu ermöglichen und zu fördern. Zu berücksichtigen sind dabei berechnete nachbarliche Interessen, der Schutz des Altstadt- und Ortsbildes, eine gute gestalterische Einfügung sowie die übergeordnete Gesetzgebung.

*Stellungnahme:*

*Die mit der Motion geforderten Massnahmen stehen in engem Zusammenhang mit der übergeordneten Gesetzgebung von Bund und Kanton im Energiebereich und im Bau- und Planungsrecht. Diese Gesetzgebung ist derzeit in verschiedener Hinsicht in Überprüfung oder in Revision. Dabei geht die Tendenz dahin, über die bisherige Einbeziehung von Gebäudehüllen und Haustechnik hinaus die Thematik ganzheitlicher anzugehen und Aspekte der Mobilität, der Grauen Energie, der Lebenszykluskosten etc. mit zu berücksichtigen. Die Kantone haben im Januar 2015 neue Mustervorschriften für den Energiebereich verabschiedet, im Kanton St.Gallen wird die Umsetzung auf das Jahr 2019 vorbereitet. Im Wesentlichen geht es dabei um verschärfte Wärmeschutzanforderungen für Gebäude (Standard Minergie), um die Eigenstromerzeugung bei Neubauten, um den Anteil erneuerbarer Energie beim Heizkesseleratz, um die Sanierungspflicht bei Elektroheizungen sowie bei Elektrowarmwassererwärmern. Im Rahmen dieser ständig in Weiterentwicklung befindlichen Massnahmen auf der Ebene von Bund und Kanton bleibt für die Gemeinden wenig Spielraum für eigene rechtliche Instrumente. Die ursprünglich der Motion zu Grunde liegenden Erleichterungen z.B. bezüglich Massvorschriften (Abstände, Gebäudevolumen) oder bezüglich Gestaltungsvorschriften sind bereits heute in den geltenden Bestimmungen der Bauordnung (BO) wie auch des Kantonalen Baugesetzes enthalten. So können z.B. gemäss Art. 36 Abs. 3 BO für Anlagen zur Energieerzeugung Abweichungen von den Gestaltungsanforderungen von Dächern bewilligt werden. Nach Art. 77 lit. c des Kantonalen Baugesetzes können allgemein Ausnahmegewilligungen von den Bauvorschriften erteilt werden, wenn dadurch „eine den öffentlichen Interessen, namentlich den Anfor-*



*derungen der Energiepolitik (...) besser entsprechende Überbauung erzielt werden kann“.*

*In dieser Situation bleibt derzeit kein Raum für eine sachgerechte und zweckmässige Revision der städtischen Bauordnung. Zu berücksichtigen ist auch, dass nach dem Erlass eines neuen Kantonalen Planungs- und Baugesetzes ohnehin eine Gesamtrevision der städtischen Bauordnung nötig sein wird.*

Antrag:

Es wird beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

### **3 Sanierung des Waaghauses**

erheblich erklärt am 1. April 2014; Fälligkeit 1. April 2016

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Stadtparlament eine Vorlage zur Sanierung der dringlichsten Mängel des Waaghauses zu unterbreiten.

Stellungnahme:

*Das ausgearbeitete Projekt für eine Sanierung des Waaghauses ist vom Stadtrat aus finanziellen Überlegungen aus der Investitionsplanung gestrichen und dem Stadtparlament nicht unterbreitet worden. Derzeit wird der dringende Unterhalt über die Laufende Rechnung vorgenommen, sodass auf absehbare Zeit das Gebäude im Bestand gesichert und in der bisherigen Art genutzt werden kann. Unbefriedigend sind nach wie vor die fehlende ausreichende Hindernisfreiheit, die fehlende Liftanlage, der Zustand der Toiletten und die klimatische Situation. Es wird derzeit geprüft, ob mit zusätzlichen Massnahmen im Laufenden Unterhalt oder mit einem Investitionskredit des Stadtparlamentes die nötigen Verbesserungen angegangen werden sollen.*

<b>b) Postulate</b>
---------------------

### **4 Wildnispark Goldacher Tobel**

erheblich erklärt am 4. April 2000; Fälligkeit 1. Juli 2015

Der Stadtrat wird eingeladen, in Koordination mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton eine Schutzverordnung zu erarbeiten.

Stellungnahme:

*Die Federführung und die Koordination für diese Schutzverordnung liegen beim Kanton. Während der öffentlichen Auflage des Entwurfes für die Schutzverordnung im Jahre 2011 sind in den Gemeinden verschiedene Einsprachen eingegangen. Im Rahmen der folgenden Einspracheverhandlungen und der Koordinationsgespräche mit den Gemeinden hat es sich gezeigt, dass aufgrund der bestehenden unterschiedlichen Interessen und Beurteilungen der beteiligten Gemeinden ein baldiges, gemeinsames Vorgehen und eine inhaltlich abgestimmte Beschlussfassung über die Einsprache und über die Verordnung kaum in vernünftiger Frist zu erreichen sind. Wie schon im letztjährigen Bericht über das Postulat angekündigt, hat deshalb die Direktion Bau und Planung den Entwurf für eine auf das St.Galler Stadtgebiet beschränkte Schutzverord-*



*nung ausgearbeitet. Dieser Entwurf ist so konzipiert, dass die weiteren Gemeinden ihrerseits „Anschlussverordnungen“ ausarbeiten könnten. Entsprechende Hilfe wurde den Gemeinden auch angeboten, keine der Gemeinden möchte aber derzeit die Arbeiten für diese Verordnung an die Hand nehmen. Deshalb wird der Entwurf für eine St.Galler Verordnung weiterverfolgt; er soll dem Stadtrat noch dieses Jahr für die Einleitung des Verfahrens vorgelegt werden.*

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Beantwortung des Postulates um ein Jahr zu verlängern.

**5 Wasser freundlicher behandeln; Dem Broderbrunnen ein würdiger Platz**

erheblich erklärt am 23. September 2008; Fälligkeit 1. Juli 2015

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie sich der Platz um den Broderbrunnen attraktiver gestalten lässt. Besonderes Augenmerk soll dabei auf mehr Grünfläche und eine sickerfähige Bodenbeschaffenheit gelegt werden.

Stellungnahme:

*Ein Projekt für die Umgestaltung des Platzes beim Broderbrunnen liegt vor, der entsprechende Kredit wird vom Stadtrat in seiner Kompetenz genehmigt. Das Projekt ist auf das sich in der Planung befindende Projekt „St.Leonhard-Strasse, Aufwertung im Abschnitt Schützengasse bis Broderbrunnen“ abgestimmt und soll mit diesem inhaltlich und terminlich koordiniert ausgeführt werden.*

Antrag:

Es wird beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

**6 Integrierte Schülerförderung ISF: Was bewirkt sie?**

erheblich erklärt am 25. November 2008; Fälligkeit 29. Juni 2015

Der Stadtrat wird um Stellungnahme, Evaluation der ISF und um Berichterstattung gebeten.

Stellungnahme:

*Die Evaluation von ISF auf der Oberstufe liegt bereits vor. Die Evaluation von ISF auf der Primarstufe, basierend auf dem Evaluationskonzept von 2009 ist im ersten Quartal 2015 abgeschlossen. Die Berichterstattung zum Postulat erfolgt fristgerecht in der ersten Jahreshälfte.*

**7 Überprüfung Sondernutzungspläne**

erheblich erklärt am 19. Januar 2010; Fälligkeit 1. Juli 2015

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, inwieweit die vor 1980 erlassenen Sondernutzungspläne noch gerechtfertigt sind oder aber geändert oder aufgehoben werden sollen. Zu prüfen ist im Besonderen, ob die Sondernut-



zungspläne tatsächlich realisiert worden sind und das Ausmass der Abweichungen von der Regelbauweise nach gültiger Bauordnung, das zugrundeliegende städtebauliche oder architektonische Konzept oder andere Planinhalte (z.B. bezüglich Erschliessung) eine besondere Regelung nach wie vor erfordern. Andernfalls sollte der Plan aufgehoben oder an die heutigen Gegebenheiten angepasst werden.

Stellungnahme:

*Die Überprüfung der rund 300 betroffenen Sondernutzungspläne ist im Gange. Eine zeitliche Aussage über einen Abschluss der sehr zeitaufwendigen Arbeiten ist derzeit noch nicht möglich. Die Dauer dieser Überprüfungsaktion ist auch abhängig von den weiteren Belastungen der einbezogenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.*

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

**8 Ein Beitrag zur kombinierten Mobilität: Ein zeitgemässes Veloverleihsystem, auch in St.Gallen**

erheblich erklärt am 19. Januar 2010; Fälligkeit 1. Juli 2015

Der Stadtrat wird eingeladen, abzuklären, welche der sich in anderen Städten bewährenden Veloverleihmodelle (allenfalls modifiziert) für St.Galler Verhältnisse am vielversprechendsten erscheinen und einen modularen Realisierungsvorschlag mit Etappierungsvarianten zu erarbeiten.

Stellungnahme:

*Die Auslegeordnung der möglichen Veloverleihsysteme wurde aufgrund der Erfahrungen in anderen Städten weiter vertieft. Der Fokus richtet sich derzeit v.a. nach Zürich und Bern. In diesen Städten sollen Systeme gewählt werden, die im Betrieb ohne Kosten für die öffentliche Hand funktionieren. Die entsprechenden Ausschreibungsergebnisse dienen der Stadt St.Gallen als weitere Grundlage.*

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um ein Jahr zu verlängern.

**9 Museumskonzept „3 Museen – 3 Häuser“**

erheblich erklärt am 16. Februar 2010; Fälligkeit 1. Juli 2016

Wir bitten den Stadtrat, ein Museumskonzept als Grundlage für weitere politische Entscheidungen zu erarbeiten, welches die folgenden Punkte mit einbezieht:

Wie sollen sich die Museen in Zukunft positionieren und wie sehen die Betriebskonzepte aus - mit klaren inhaltlichen Aussagen?

Mit welchen Investitionen rechnet der Stadtrat für den Neubau des Naturmuseums und den Umbau der drei bestehenden Häuser Kunklerbau, Völkerkundemuseum und Kirchhoferhaus?

Mit welchen Folgekosten für Unterhalt, Reparaturen und Hauswartkosten ist zu rechnen nach Realisierung sämtlicher Investitionen für die drei Häuser?



Welche finanziellen Mittel müssen in Zukunft für den Betrieb der Museen, die Pflege der Sammlungen und für zeitgemässe Ausstellungen für alle drei Häuser zusammen aufgewendet werden - inkl. finanzieller Verflechtungen zwischen Stiftung und Kunstverein (konsolidierte Darstellung)?

Mit welchen zusätzlichen Personalkosten ist zu rechnen?

Welche Strategie würde der Stadtrat verfolgen, sollten die Kosten die finanziellen Möglichkeiten der Stadt überschreiten?

Stellungnahme:  
*pendent*

#### **10 Die Stadt als Aktionärin: Strategie, Vertretungen und Reporting**

erheblich erklärt am 22. Februar 2011; Fälligkeit 1. Juli 2015

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten, wie er dem Parlament die Geschäftsberichte der wichtigsten städtischen Beteiligungen zugänglich machen kann und ob und in welchem Sinne Änderungen bei den vom Stadtparlament zu wählenden Abordnungen angezeigt sind.

Stellungnahme:  
*Die Geschäftsberichte der Organisationen, in welche das Stadtparlament gemäss Art. 98 seines Geschäftsreglements sowie dessen Anhang (sRS 151.1) Abordnungen entsendet, werden dem Stadtparlament auf dessen Extranet verfügbar gemacht. Sofern aus Sicht des Stadtrats Änderungen bei den vom Stadtparlament zu wählenden Abordnungen angezeigt sind, wird der Stadtrat im 1. Quartal 2016 zuhanden des Präsidiums einen Vorschlag für einen Nachtrag zum Geschäftsreglement des Stadtparlaments zustellen mit dem Ziel, diesen Nachtrag koordiniert mit der neuen Legislatur per 1.1.2017 in Kraft zu setzen.*

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um ein Jahr zu verlängern.

#### **11 Mehr Grün für alle: Separate Lichtsignale für VelofahrerInnen?**

erheblich erklärt am 14. Juni 2011; Fälligkeit 1. Juli 2015

Der Stadtrat wird eingeladen, eine Optimierung des Systems von Velo-Lichtsignalanlagen für Knoten im Innenstadtbereich (Leonhardsbrücke bis Brühltor) sowie an den verkehrsreichen Hauptachsen (Zürcher Strasse, Fürstenlandstrasse, Rorschacher Strasse und Langgasse) hinsichtlich einer markant erhöhten Sicherheit und verkürzten Fahrzeit zu prüfen und Bericht zu erstatten.

Stellungnahme:  
*Im Rahmen der laufenden Überprüfung und Optimierung der Lichtsignalanlagen (LSA) berücksichtigen Stadt und Kanton alle Verkehrsteilnehmenden. So fliessen bei der Anpassung der Ampel-Anlagen oder der Phasenausbildung auch die Anliegen der Velofahrenden ein.  
Das städtische und das kantonale Tiefbauamt haben die rechtlichen und technischen*



*Möglichkeiten für unkonventionelle Lösungen wie „Rundumgrün“ und „Velo-Rechtsabbiegen bei Rot“ untersucht mit dem Ergebnis, dass die rechtlichen Voraussetzungen für solche Lösungen im aktuellen Strassenverkehrsgesetz derzeit noch nicht vorhanden sind. In Basel wurde 2013/2014 mit Genehmigung des Bundes ein „Velo-Rechtsabbiegen bei Rot“ als Versuch getestet. Basel hat aufgrund seiner Erkenntnisse beim Bund beantragt, den Pilotversuch bis 2016 auszudehnen und eine Änderung des Schweizerischen Strassenverkehrsgesetzes zu prüfen, die es ermöglichen soll, das Rechtsabbiegen bei Rot für Velos einzuführen. Basierend auf den künftigen Erkenntnissen resp. allfälligen Anpassungen des Strassenverkehrsgesetzes sind die Lichtsignale in St. Gallen situativ in Bezug auf solche Massnahmen zu überprüfen.*

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um zwei Jahre zu verlängern.

**12 Südspange – wie setzt sich die Stadt dafür ein?**

erheblich erklärt am 2. November 2011; Fälligkeit 1. Juli 2015

Der Stadtrat wird aufgefordert, in einem Bericht zu diesen wichtigen aktuellen Verkehrsfragen der Stadt verbindlich Stellung zu nehmen. Dabei interessiert weniger die Vorgeschichte als die Haltung des Stadtrates zur Lösung der bestehenden und der zu erwartenden Probleme.

Insbesondere hat der Bericht folgende Fragen zu beantworten:

Ist der Stadtrat bereit, sich auf allen Ebenen aktiv und öffentlichkeitswirksam für die Umsetzung der Südspange, in der von Kanton und Stadt favorisierten Variante, einzusetzen und in welcher Form tut er dies?

Ist der Stadtrat bereit, in diesem Zusammenhang auch die Verknüpfung der Südspange mit der Anbindung von Teufen/Appenzell genau zu prüfen und Vorschläge zu unterbreiten?

Ist der Stadtrat bereit, auch unkonventionelle (Vor-)Finanzierungsmodelle mit dem Kanton zu prüfen und aktiv anzugehen?

Welche Massnahmen plant die Stadt St. Gallen für den Fall, dass die Priorisierung der Südspange durch den Bund hinausgezögert wird?

Stellungnahme:

*Der Stadtrat muss bis zum 9. Juni 2015 dem Stadtparlament Bericht und Antrag zum Initiativbegehren „Für ein lebendiges Areal Güterbahnhof ohne Autobahnanschluss“ zuhanden des Stadtparlamentes unterbreiten. Im Rahmen dieser Berichterstattung wird auch ausführlich zu den Anliegen des Postulates orientiert werden können.*

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um ein Jahr zu verlängern.



**13 Historische Klostermauern: Durchblickendes St.Gallen**  
erheblich erklärt am 21. Februar 2012; Fälligkeit 1. Juli 2015

Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und wie die historischen Funde auf dem Gallusplatz offengelegt und durch bauliche und beleuchtungs-technische Massnahmen ansprechend in das Altstadtbild eingebettet werden können, so dass einerseits ein städtebaulicher Mehrwert entsteht, andererseits aber auch die Bedeutung der Ausgrabungen und die damit verbundenen Erkenntnisse den Besucherinnen und Besuchern des Klostersviertels nähergebracht werden können.

Stellungnahme:

*Die Neugestaltung des Gallusplatzes ist schon einige Zeit abgeschlossen und in der Bevölkerung auf gute Resonanz gestossen. Die archäologischen Funde auf dem Gallusplatz wurden im Rahmen der Bauarbeiten dokumentiert und so weit gesichert, dass sie keinen Schaden nehmen und später wieder offengelegt werden können. Es ist noch zu prüfen, ob an geeigneter Stelle auf dem Platz über diese Funde informiert werden soll. Diese Abklärungen stehen auch in einem Zusammenhang mit der Ausarbeitung eines Managementplans für die Festlegung der zukünftigen Massnahmen zum Erhalt und zur Vermittlung des UNESCO-Weltkulturerbes. für. Zu diesen Planungen gehört u.a. auch eine bessere Dokumentation, Information und Erschliessung der Schutzobjekte.*

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um ein Jahr zu verlängern.

**14 Migrantenvorstoss zu Elternbildungsprojekt Femmes-Tisch St.Gallen**  
erheblich erklärt am 28. August 2012; Fälligkeit 28. August 2014

Die GPK bittet den Stadtrat Bericht zu erstatten, welche Elternbildungs- und Integrationsprojekte aktuell in der Stadt bestehen und wo der Stadtrat seine Schwerpunkte setzt. Zudem bitten wir um eine Aufstellung der gesprochenen Subventionsbeiträge. Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, ob das Projekt Femme-Tische in das städtische Elternbildungs- und Integrationskonzept passt und ob das Projekt in das Konzept aufgenommen und längerfristig finanziell gesichert werden kann.

Stellungnahme:

*Der Postulatsbericht wird dem Stadtparlament noch vor den Sommerferien 2015 unterbreitet*

**15 Grauzone in der Kinderbetreuung**  
erheblich erklärt am 27. November 2012; Fälligkeit 27. November 2014

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Parlament Bericht zu erstatten wie er die Kinderbetreuungssituation in der Stadt St.Gallen unter den Gesichtspunkten Bedarfsorientiertheit, Ganzheitlichkeit und Nachhaltigkeit strukturieren und ermöglichen will. Je nach Ergebnis und Priorität ist dem Parlament darauf Antrag zur Umsetzung zu stellen.





Stellungnahme:

*Der Postulatsbericht zu den Vorstössen „Grauzone in der Kinderbetreuung“ sowie „Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit“ wird dem Stadtparlament fristgerecht vorgelegt.*

**16 Heimatliche Sprache und Kultur als Schulfach**

erheblich erklärt am 19. März 2013; Fälligkeit 19. März 2015

Der Stadtrat wird deshalb eingeladen dem Parlament Bericht zu erstatten, welchen Platz in den städtischen Schulen Sprache und Kultur von Kindern mit Migrationshintergrund gegenwärtig haben, und gegebenenfalls Antrag zu stellen auf Einführung oder Ausweitung des Unterrichts in Heimatlicher Sprache und Kultur.

Stellungnahme:

*Der Stadtrat hat dem Stadtparlament die entsprechende Vorlage auf die Sitzung vom 28. April 2015 unterbereitet.*

**17 Baukultur: Innovation ohne Reue**

erheblich erklärt am 21. Mai 2013; Fälligkeit 21. Mai 2015

Der Stadtrat wird ersucht, dem Stadtparlament einen Bericht über die städtische Denkmalpflege und deren Position innerhalb einer vorausschauenden, ganzheitlichen Stadtplanung (Strategie, Ziele, Verfahren, Möglichkeiten, Sanktionen) vorzulegen und gegebenenfalls Antrag zu stellen.

Stellungnahme:

*Die Vorbereitung zu diesem Postulatsbericht ist im Gange. Ein Zusammenhang besteht nun auch mit der vorgesehenen Gesamtrevision des Kantonalen Baugesetzes. Im Entwurf für das neue Kantonale Planungs- und Baugesetz (PBG) sind eine umfassende neue Regelung des Schutzes von Kultur- und Naturobjekten von lokaler und kantonaler Bedeutung sowie zusätzliche Bestimmungen über die Archäologie vorgesehen. In diesem Zusammenhang wird im Anschluss an die neue Gesetzgebung des Kantons auch eine Gesamtrevision der Bauordnung einschliesslich der Bestimmungen über die Denkmalpflege notwendig sein.*

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um ein Jahr zu verlängern.

**18 Braucht St.Gallen vier Spitex-Organisationen?**

erheblich erklärt am 21. Mai 2013; Fälligkeit 21. Mai 2015

Der Stadtrat wird ersucht, aus den genannten qualitativen und finanziellen Überlegungen dem Parlament in einem Bericht darzulegen, wie er die Zukunft der vier städtischen Spitex-Organisationen beurteilt und allenfalls einen Vorschlag für die Organisation in Form einer einzigen „Spitex St.Gallen“ zu unterbreiten.



Stellungnahme:

*Die Arbeiten für den Postulatsbericht sind im Gange. Die sorgfältigen Abklärungen erfordern Zeit, die Frist zur Einreichung des Berichtes zur Situation der Spitex-Organisationen soll um ein Jahr verlängert werden.*

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um ein Jahr zu verlängern.

**19 Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit**

erheblich erklärt am 27. August 2013; Fälligkeit 27. August 2015

Die klare Zustimmung zum Familienartikel in unserer Stadt bestärkt uns darin den Stadtrat zu bitten die Situation zu analysieren und wir stellen den Antrag dem Parlament zu folgenden Punkten Bericht zu erstatten:

- Wie das Angebot der Krippenplätze mit der Nachfrage korreliert
- Ob der Stadtrat bereit ist, wenn notwendig weitere Krippenplätze zu gründen
- Welche Möglichkeiten der Stadtrat sieht das Angebot an Krippen und Hortplätzen zu koordinieren
- Wie der Stadtrat die Möglichkeit sieht in jedem Quartier eine koordinierte Betreuungsmöglichkeit für Säuglinge bis zum Austritt aus der Volksschule zu schaffen
- Welche Chancen der Stadtrat darin sieht eigene Erfahrungen mit Tagesschulen zu sammeln

Stellungnahme:

*Der Postulatsbericht zu den Vorstössen „Grauzone in der Kinderbetreuung“ sowie „Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit“ wird dem Stadtparlament fristgerecht vorgelegt.*

**20 Gemeindegrenzen: Ein alter Zopf**

erheblich erklärt am 24. September 2013; Fälligkeit 24. September 2015

Wir bitten den Stadtrat, zu prüfen und Bericht zu erstatten,  
in welchen funktionellen Räumen eine engere Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden sinnvoll ist, und  
in welchen Bereichen es Synergien gibt, welche eine engere Zusammenarbeit sinnvoll machen, und  
welche Vor- und Nachteile sich für die einzelnen Gemeinden aus einer Vereinigung ergeben und was die Konsequenzen daraus sind,  
und Antrag zu stellen, ob und mit welchen Gemeinden ein Vereinigungsverfahren eingeleitet werden soll.

Stellungnahme:

*pendent*



**21 Gassenraumgestaltung St.Mangen – Alte Versprechen umsetzen**  
erheblich erklärt am 24. September 2013; Fälligkeit 24. September 2015

Der Stadtrat wird eingeladen, eine möglichst baldige Aufwertung des Gassenraums im St. Mangen-Quartier (vor allem Goliathgasse, Katharinengasse und der Platz an der Hechtgasse) zu prüfen und Bericht zu erstatten.

Stellungnahme:

*Unter der Leitung einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe und unter Beizug eines externen Fachplaners wurde eine Aufwertung des Gassenraums nicht nur im St.Mangen-Quartier, sondern flächendeckend für alle Altstadtgassen nördlich von Marktplatz und Bohl zuerst konzeptionell, dann vorprojektiv bearbeitet. Es ist geplant, die Instandstellung und gestalterische Aufwertung der einzelnen Gassen innert etwa zehn Jahren zu realisieren. Den Anfang bildet die Goliathgasse, mit deren Neugestaltung 2015 begonnen werden soll. Die entsprechende Vorlage für die Goliathgasse sowie für Teile der Neugasse wird dem Stadtparlament noch vor den Sommerferien unterbreitet. In diesem Zusammenhang ist auch über die Gesamtkonzeption für die Altstadt orientiert worden.*

Antrag:

Es wird beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

**22 Ruckhalde ein Ort für autoarmes Wohnen**  
erheblich erklärt am 24. September 2013; Fälligkeit 24. September 2015

Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie im Rahmen eines Sondernutzungsplanes (Überbauungs- oder Gestaltungsplan) für das Gebiet Ruckhalde eine Wohnüberbauung nach den Grundsätzen des autoarmen Wohnens realisiert werden kann.

Stellungnahme:

*Eine Wohnüberbauung Ruckhalde im oberen, eingezonten Bereich wird nach der Aufhebung der offenen Linienführung der Appenzeller Bahnen möglich. Erste Überlegungen für diese künftige Überbauung sind im Gange.*

**23 Existenziell notwendige und nachhaltige Energieversorgung der Stadt**  
erheblich erklärt am 24. September 2013; 24. September 2015

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen und Bericht zu erstatten:

- Wie hoch die existenziell notwendige Energiemenge auf Gemeindegebiet ist;
- unter welchen Szenarien heute die existenziell notwendige Energieversorgung nicht sichergestellt ist;

und Antrag zu stellen, ob und welche Massnahmen zu ergreifen sind.

Stellungnahme:

*Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament 2015 fristgerecht vorgelegt.*



**24 Für ein demokratischeres Stadtparlament dank mehr Transparenz!**

erheblich und dringlich erklärt am 29. Oktober 2013; Fälligkeit 29. Dezember 2014

Wir bitten den Stadtrat deshalb zu prüfen, Bericht zu erstatten und gegebenenfalls Antrag zu stellen:

1. Ob ein transparenteres Abstimmungsmodell bzw. neues Abstimmungserfassungssystem eingeführt werden kann und in welchem Zeitrahmen ein solches verwirklicht werden könnte,
2. wie als Begleitmassnahme ein den modernen Ansprüchen genügendes Ratsinformationssystem geschaffen und im Internet zur Verfügung gestellt werden könnte.

Stellungnahme:

*Die Vorlage des Präsidiums wurde dem Stadtparlament für die Sitzung vom 13. Januar 2015 eingereicht, dort aber mit einem Ordnungsantrag verschoben, um Anbieter von Funk-Abstimmungsanlagen für einen Test und eine Demonstration einzuladen. Die erneute Traktandierung steht noch aus, die Vorlage wird aber voraussichtlich noch vor den Sommerferien 2015 unterbreitet.*

**25 Platz schaffen für ein lebendiges St. Leonhard**

erheblich erklärt am 11. Februar 2014; Fälligkeit 11. Februar 2016

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen und Bericht darüber zu erstatten, ob in Zusammenhang mit dem Vorhaben „Engpassbeseitigung A1“ Varianten möglich sind, welche auch folgenden Anliegen Rechnung tragen:

1. MiV, öV und LV im Raum Kreuzbleiche/St.Leonhard sollen entkoppelt werden mittels Verlagerung der gleisquerenden MiV-Hauptströme unter den Boden.
2. Der Betrachtungsperimeter darf nicht ausschliesslich autobahnfokussiert sein: Räumliche oder zeitliche Verlagerung von heutigen Engpässen ist zu vermeiden. Zentral dafür dürften die verkehrlich und städtebaulich optimale Anordnung der Ein- und Ausfahrten der unterirdische(n) MiV-Drehscheibe(n) sein sowie die flankierenden Begleitmassnahmen auf dem nachgeordneten Netz.
3. Frei gespielte Oberflächen sollen neu gestaltet werden: Einerseits für den öV und LV (entsprechend dem Auftrag im Verkehrsreglement) und andererseits zur Schaffung möglichst hoher Aufenthalts- und Lebensqualität in den angrenzenden Quartieren. Das Entwicklungspotential der Räume um Lagerhäuser und Lokremise/Rosenbergstrasse einerseits sowie Kreuzbleiche und Güterbahnhof andererseits soll optimal profitieren vom Wegfallen der Trennwirkung oberirdischer MiV-Ströme.
4. Proaktive Suche nach weitestmöglicher Kosteneffizienz und Synergienutzung zwischen der laufenden Bundesplanung und den städtischen Entwicklungsvorstellungen, wie sie beispielsweise im Mobilitätskonzept erarbeitet werden.“

Stellungnahme:



*Parallel zu den Planungen im Zusammenhang mit der Engpassbeseitigung A1 und der neuen Spange ist die mit dem Postulat angeregte Gesamtplanung für die umfassende Neugestaltung im Raume St.Leonhard an die Hand genommen worden. Es ist vorgesehen, unter der Leitung des Stadtplanungsamtes und unter Beizug zunächst der verwaltungsinternen Fachstellen, dann aber auch einer breiteren Quartier- und Interessenvertretung diese Planungsarbeit in den kommenden Jahren durchzuführen.*

**26 Kreisläufe schliessen: Eine Grünabfuhr auch in St.Gallen**

erheblich erklärt am 11. Februar 2014; Fälligkeit 11. Februar 2016

Mit dem Postulat wird der Stadtrat gebeten, die Einführung der Grünabfuhr in der Stadt St.Gallen zu prüfen, Bericht zu erstatten und gegebenenfalls Antrag zu stellen, eine kostenneutrale und flächendeckende Grünabfuhr einzuführen. Dies soll in Übereinstimmung mit dem städtischen Energiekonzept 2050 erfolgen und die Kreisläufe hinsichtlich der energetischen Verwertung wie auch bezüglich der Ökologie schliessen.

*Stellungnahme: Eine Vorlage zur Grünabfuhr ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament voraussichtlich noch 2015 (fristgerecht) vorgelegt.*

**27 Einführung Integrierter Aufgaben- und Finanzplan**

erheblich erklärt am 11. März 2014; Fälligkeit 11. März 2016

Der Stadtrat wird beauftragt, die Einführung eines integrierten Aufgaben- und Finanzplans zu prüfen und entsprechend Antrag zu stellen.

*Stellungnahme:  
pendent*

**28 Ständige Parlamentarische Kommissionen**

erheblich erklärt am 6. Mai 2014; Fälligkeit 6. Mai 2016

Das Präsidium wird eingeladen, die Zahl, die Grösse und den sachlichen Zuständigkeitsbereich der ständigen parlamentarischen Kommissionen nach Jahrzehnten der bisherigen Regelung zu überprüfen und allenfalls einen Antrag auf eine Teilrevision des Geschäftsreglements des Stadtparlaments zu stellen, so dass die Umsetzung mit Beginn der nächsten Legislatur stattfinden kann.

*Stellungnahme:  
Die Vorlage des Präsidiums wurde dem Stadtparlament für die Sitzung vom 24. Februar 2015 eingereicht. Das Präsidium hat die Vorlage allerdings an seiner Sitzung vom 23. Februar 2015 zurückgezogen, um erneut darüber zu beraten.*



**29 Evaluation der Wirksamkeit der Videoüberwachung im öffentlichen Raum**  
erheblich erklärt am 6. Mai 2014; Fälligkeit 6. Mai 2016

Wir bitten den Stadtrat deshalb - gegebenenfalls unter Einbezug externer Expertinnen - einen Bericht über die Wirksamkeit der seit 2008 in Betrieb stehenden Videoüberwachung im öffentlichen Raum zu erstatten und damit eine Evaluation vorzunehmen, welche unter anderem auf nachfolgende Fragestellungen eingeht:

1. ob die Videoüberwachung an den neuralgischen Orten zur erhofften Abschreckungswirkung, einer Verminderung der Kriminalität und einer Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls geführt hat.
2. ob in Bezug auf die polizeilich registrierten Vorfälle eine Verlagerung an andere Orte, eine Verdrängung sozialer Kontrolle oder ein positiver Effekt auf benachbarte Gebiete festgestellt werden kann.
3. ob dabei auch das erfolgsentscheidende Zusammenspiel zwischen Kamera, Monitoring und Polizeieinsatz einwandfrei funktioniert hat oder ob und wie dieses allenfalls verbessert werden kann.

Stellungnahme:  
*pendent*

**30 Mobilitätskonzept**  
erheblich erklärt am 28. Oktober 2014; Fälligkeit 28. Oktober 2016

Wir bitten den Stadtrat, Bericht zu erstatten, wie er den Herausforderungen bezüglich Mobilität aller Verkehrsträger begegnen will, ohne diese gegeneinander auszuspielen und dies in einem eigenen "Mobilitätskonzept" darzulegen und aufzuzeigen, ob und wenn ja welche Massnahmen zu treffen sind.

Dabei sollen insbesondere folgende Punkte berücksichtigt werden:

- die städtische Verkehrsinfrastruktur muss optimal an das übergeordnete Verkehrsnetz angebunden werden
- die Nutzungsbedürfnisse aller Verkehrsträger sind gegenseitig aufeinander abzustimmen etwa durch eine sinnvolle Entflechtung auf den Hauptachsen
- der öffentliche Raum in den Quartieren soll möglichst freigespielt werden zugunsten einer lebensfreundlichen Gestaltung der Oberfläche.

Stellungnahme:  
*Die Erarbeitung des Mobilitätskonzeptes ist derzeit im Gange. Grundlage bilden vor allem der Richtplan, das Energiekonzept sowie die weiteren planerischen und politischen Vorarbeiten und Entscheide in diesem Zusammenhang.*

**31 Für eine vernünftige Cannabispolitik – Abgabe in St.Gallen?**  
erheblich erklärt am 18. November 2014; Fälligkeit 18. November 2016



Die Unterzeichnenden bitten den Stadtrat, Bericht zu erstatten und eventuell Antrag zu stellen, wie und ob sich die Stadt St.Gallen an einem wissenschaftlichen begleiteten Pilotprojekt zur straffreien Abgabe von Cannabis, wie er in den genannten Städten geplant ist, beteiligen könnte.

Stellungnahme:  
*pendent*

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Linke

